

---

## Rechtsprechung

### Seite

(verlinkt mit Anlagen)

1. Arbeitsunfall unter nicht vollständig geklärten Umständen – Ablehnung der Zahlung einer Versichertenrente, da MdE lediglich 10 v. H. beträgt – Versicherter begehrt Anerkennung einer posttraumatischen Belastungsstörung als Unfallfolge – UV-Träger und Gerichte lehnen dies ab, da objektive Kriterien hierfür nicht vorliegen – Nichtzulassungsrevision beim BSG anhängig – Urteil des LSG Niedersachsen-Bremen vom 29.08.2019 – L 16 U 129/16 – DOK 375 [322 - 336](#)
2. Prüfung des Vorliegens einer BK 1317 bei einem Drucker – Aufhebung und Zurückverweisung der ablehnenden Entscheidung des LSG – Abwägungsausfall hinsichtlich der entscheidungserheblichen Tatsachen – Auch bei Einhaltung der Arbeitsplatzgrenzwerte kann im Einzelfall von einer Gefährdung auszugehen sein – Erscheinen eines neuen Merkblatts zu der BK in der Zwischenzeit – Im Hinblick darauf ist Gericht gedrängt, besonders kritisch im Überprüfungsverfahren vorzugehen – Urteil des BSG vom 16.03.2021 – B 2 U 11/19 R – DOK 376.3-1317 [337 - 350](#)
3. Anerkennung einer Siderofibrose bei einem Stahlschlosser – Fortsetzung des Verfahrens auf Vorliegen einer BK auch den Erben des Versicherten im Wege der Feststellungsklage möglich – Ausdrückliches Abrücken des Senats von einer früheren anderen rechtlichen Bewertung dieser Frage – Bestimmung des Tatbestandsmerkmals der „extremen“ Einwirkung bei der BK 4115 – bei einer Schweißrauchkonzentration von 5,5 mg/m<sup>3</sup> als gegeben anzusehen – Urteil des BSG vom 16.03.2021 – B 2 U 7/19 R – DOK 376.3-4115 [351 - 366](#)

## Literatur

4. Bestandsaufnahme der rechtlichen Bewertung psychisch vermittelter Versicherungsfälle – Arbeitsunfallereignisse (Typ I) und „Wie-Berufskrankheiten“ (Typ II) – Analyse und Kritik an Rechtsprechung und Ordnungsgeber – Hinweis auf Aufsatz von Thomas Molkenin, Psychisch vermittelte Arbeitsunfälle und Wie-Berufskrankheiten – aktuelle Lage – DOK 371:376.2 [367](#)